



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Cleinow, G.: Reiseeindrücke aus der Ostmark. 3

urn:nbn:de:gbv:46:1-908

Infolge des russisch-englischen Vertrags war ein Teil der britisch-indischen Staatsmänner bemüht gewesen, die Militärlasten für Indien zu verringern. Aber Lord Ritchener ist diesen Absichten im Rat des Vizekönigs zu Kalkutta mit Entschiedenheit und mit Erfolg entgegengetreten. Der Vertrag, so legte er dar, habe wohl die Luft gereinigt; die Einflüsse, die das gute Einvernehmen zu stören trachteten, seien aber nicht aufgehoben, auch aus andern Richtungen seien Kräfte gegen Indien tätig; die Militärbehörde sei deshalb gezwungen, von ihrer Wachsamkeit und der Schlagfertigkeit des Heeres nicht das mindeste aufzugeben.



Reiseeindrücke aus der Ostmark

3



us den vorausgegangnen Ausführungen wird vielleicht auch der Leser den Eindruck gewonnen haben, wie sehr die Ostmark, insbesondere das Gebiet der Ansiedlungskommission, im Zeichen des Übergangs steht. Ich möchte hinzufügen, daß der Reisende, der die frühern Zustände gekannt und in den frühern Verhältnissen gelebt hat, sich eines gewissen wehmütigen Gefühls nicht erwehren kann, wenn er durch die alten Gehöfte fährt, wenn er sich manch eines braven Mannes erinnert, der dort hart gearbeitet und gegen die täglich schwieriger werdenden Verhältnisse mit außerordentlicher Hingabe gekämpft hat. Wieviel größer muß dieses Gefühl auf die konservativen Gutsbesitzerkreise wirken, die seit Menschenaltern dort auf ihrer Scholle saßen — Stützen des Staates —, häufig die einzigen Vertreter deutscher Kultur im weiten Umkreise. Solche Männer muß man gehört haben, um begreifen zu können, welche aufklärende Arbeit notwendig ist, ehe es gelingen kann, sie geschlossen auf die Seite der preussischen Ostmarkenpolitik zu bringen. In diesem Punkte aber hat die Regierung zu wenig getan. Gegenwärtig scheint sie deshalb auf dem besten Wege zu sein, vor der Idee, den Großgrundbesitz erhalten zu müssen, zu kapitulieren.

Maßgebend für eine solche Auffassung ist die neuerliche Gepflogenheit der Ansiedlungskommission, die Restgüter, das sind die Gehöfte mit den oft schloßartigen Gutshäusern und alten Parks, nicht mehr für Zwecke der Ansiedlungskommission zu verwenden, sondern aus ihnen „freistagfähige“ Güter zu machen. Für diese letzte Wendung der Siedlungspolitik sind verschiedene Gründe vorhanden, deren wichtigere ich hier vortragen möchte.

Zu Beginn der Siedlungstätigkeit war es üblich, die Gutshöfe ebenso zu zerlegen wie das Ackerland, ohne Rücksicht auf den Wert der Gebäude, Parks und sonstiger Anlagen. Durch dies Vorgehen wurden Kulturgüter zerstört, die kein Geldeswert ersetzen konnte. Die Ansiedler schlugen die alten Bäume

nieder, hier und da mußten wertvolle Gebäude abgetragen werden. Gegen dies Vorgehen stellten sich sehr bald entschiedne Widerstände in nationalen Kreisen ein. Die Ansiedlungskommission unter ihrem ersten Präsidenten von Wittenburg begriff ihren Fehler und ging nun eine Zeit lang mit bewunderungswürdiger Erfindergabe daran, jene schönsten Denkmäler einer untergehenden Epoche für den Dienst des Gemeinwohls zu erhalten. Hier wurden Parks zu Gemeinbeanlagen, dort zu Arbeiterkolonien, an dritter Stelle zu Lehrzwecken eingerichtet. Gutshäuser verwandelten sich in Kirchen, Schulen, Krankenhäuser; kleinere von ihnen werden Gemeinde- und Gasthäuser. Die schönste und zugleich wertvollste Bestimmung aber fand von allen das Gehöft von Neu-Zedlitz im Kreise Witkowo. Ihm sollen später noch einige besondere Seiten gewidmet werden.

Alle an einer gesunden Entwicklung der Ostmark interessierten Kreise waren befriedigt. Da wurde es plötzlich offenbar, daß mit dem Verschwinden der großen Güter auch die dem Landrat meist gefügigen Gutsbesitzer aus den Kreistagen verschwanden; da aber gerade während der ersten Dekade der Tätigkeit der Ansiedlungsbehörde sehr viele Deutsche ausfielen, waren Kreistage mit einer freisinnig-polnischen Mehrheit entstanden. Die Lage für unsre Ostmarkenpolitik wurde dadurch sehr schwierig. Man vergegenwärtige sich: Landräte, Konservative und Freisinnige erklärten in einem bestimmten Augenblick, die Ansiedlungskommission polonisiere die Kreistage! Wie diese von der Regierung vorausgesehene, aus den Verhältnissen hervorgegangne ganz natürliche Erscheinung im politischen Kampf gegen die Ansiedlungskommission ausgenutzt wurde, braucht nicht auseinandergelegt zu werden. Genug, die Regierung sah sich unter dem Ansturm ihrer Kritiker genötigt, das Prinzip, möglichst zahlreiche deutsche Familien in die Ostmark zu ziehen, zu durchbrechen, um deutsche „kreistagfähige“ Güter zu erhalten.

Auf diesen — wir wollen hier gleich bemerken, gefährlichen — Weg stieß sie noch eine andre Erscheinung.

Mit dem Verschwinden der Gutsbesitzer verschwindet eine soziale Oberschicht, die zwar immer sehr dünn und auch recht ungleichartig war, aber doch gegenüber den andern sozialen Schichten eine merkliche und für die Allgemeinheit meist wohlthuende Autorität ausübte. Neben dieser Schicht trat die ländliche Intelligenz, besonders in politischer Beziehung, in den Hintergrund. Pfarrer, Lehrer, Ärzte konnten nur Einfluß haben, wenn sie sich in erster Linie mit dem Großgrundbesitzer gut stellten. Das ist nun in den durch die Ansiedlungskommission besiedelten Gegenden mit einem Schlage anders geworden. Seit dem Abgange der Gutsbesitzer fühlen sich die Pastoren und Lehrer nicht nur als bevorzugte oberste Schicht, sondern auch als die leitenden Träger politischer Ideen. In manchen Orten übt dieser Eintritt neuer geistiger Elemente auch auf die Entwicklung der Dinge einen wohlthuenden Einfluß aus. Wir haben stellenweise für eine Betätigung in der Ostmark ganz hervorragend

geeignete Pastoren und Lehrer. Das sind jene uneigennütigen, bescheidenen und unermüdlichen Männer, von denen man nirgends hört und sieht, weil sie nie und nirgends einen Anlaß zu Reibungen und Beschwerden geben. Sie betrachten sich wohl als Träger großer politischer Aufgaben, aber durchaus zutreffend nur als Organe eines höhern Willens, als Werkzeuge der verantwortlichen Beamten in der Provinz. Durch solche Forderung soll das politische Selbstbetätigungsrecht der politisch reifen Kreise durchaus nicht verkümmert werden. Denn es gibt auch in den in der Ostmark gebotenen Grenzen genug Spielraum für kritische und ehrgeizige Naturen. Hätten wir lauter solche Geistliche und Lehrer in der Ostmark, dann stünde manches besser, und manches könnte unterlassen werden. Aber neben ihnen gibt es eine große Zahl von Leuten, die ihre Aufgaben auf andern Gebieten suchen. Besonders unter den Dorflehrern macht sich eine gewisse Sucht zu glänzen, zu „repräsentieren“ bemerkbar, die häufig genug nicht im Einklang mit den Einkünften des Einzelnen steht. Die Ansiedlungskommission hat dieser Neigung ungewollt neuen Boden gegeben, auf der einen Seite durch eine zu große Weitläufigkeit der Wohnhäuser und auf der andern durch zu knappe Zuteilung von Gartenland und Feld an die Lehrer. Meines Erachtens sollten die Dorflehrer so reich mit Land ausgestattet sein, daß sie daran je nach ihrem persönlichen Fleiß materiellen Nutzen haben können. Damit wäre die wichtigste Ursache für die Sucht zu glänzen, Überfluß an Zeit, beseitigt. Dann würden sich auch genügend Interessen einstellen, die den Dorflehrer mit den angesiedelten Bauern verbinden, und der könnte als Gemüse-, Obst-, Blumen- und Bienenzüchter den Bauern mit gutem Beispiel und als Erzieher der Jugend auf diesem Gebiet vorangehn. Die Lehrer könnten bei eingetretener Interessengemeinschaft mit den Bauern auch überall wertvolle Mitglieder der Genossenschaften werden. Das ist leider bisher nicht der Fall. Gerade unter den Lehrern, die anfänglich von den Behörden vielfach als politische Vertrauensmänner verwandt wurden, gibt es gegenwärtig zahlreiche nörgelnde Elemente, die der Ansiedlungspolitik direkt und indirekt Steine in den Weg rollen, wo sie nur immer können. Nicht ganz so unerschrocken sieht es unter der Landgeistlichkeit aus, sobald man sich daran erinnert, daß nicht das Gewöhnliche, Alltägliche von sich reden macht, sondern das Außergewöhnliche. Immerhin gibt es recht zahlreiche Ausnahmen, denen wir in der Ostmark nicht gern begegnen. In der Besetzung der Pfarren hat die Ansiedlungskommission wohl gegenüber dem Konsistorium nicht durchgehend die Rückenfestigkeit bewiesen, die wünschenswert gewesen wäre. Wie weit solches mit der Organisation der Behörden zusammenhängt, will ich hier nicht untersuchen. Zweifellos sind die Widerstände nicht derart unüberwindlich, daß die Regierung bei der Besetzung von Pfarren nicht so verfahren könnte, wie es den großen Zielen in der Ostmark dienlich wäre. Wir brauchen in der Ostmark keine Philosophen unter den Pastoren, wir brauchen nationalgesinnte Sozialpolitiker, die mit gesundem Menschenverstand die Bedürfnisse der Bevölkerung

zu erfassen verstehen. Wir brauchen Landpastoren im wahrsten Sinne des Wortes, wie es die polnischen zum größten Teil sind. Streitbare aufgeklärte Männer gehören in die Ostmark. Statt dessen haben wir leider viel zu viel Geistliche, die sich inmitten der alten Gutsparke Gelehrtenheime aufschlagen, in denen sie vielleicht der Entwicklung der evangelischen Kirche manchen nützlichen Gedanken hinzufügen, in denen sie sich aber ihrer nächsten, wichtigern Aufgaben am eignen Amtsort entfremden. Der Pastor muß die aus allen Teilen des Reichs zusammenströmenden Ansiedler zu Gemeinden zusammenschmieden. Dieser Aufgaben und Gegensätze sollten sich alle Teile, die mit der Besetzung von Pfarren zu tun haben, immer bewußt bleiben.

Schließlich steht die Ansiedlungskommission noch unter dem Druck einer weitem Schwierigkeit: der Sorge um den Offizierersatz. In der agrarischen Ostmark, wo, wie wir gezeigt haben, kein Industrie- und nur ein gering entwickelter Handelsstand vorhanden ist, bildeten von jeher die Großgrundbesitzer das hauptsächlichste Reservoir für den Offizierersatz des stehenden Heeres. Mit dem Wegfall der Großgrundbesitzer verschwindet das Reservoir, und die Armee bleibt auf die Beamtensohne angewiesen. Nun sollen die Restgüter jenes Reservoir von neuem herstellen. Für mich ist diese Erscheinung nur ein neuer Beweis für die Notwendigkeit einer Verringerung des Offizierkorps und einer Zweiteilung des Unteroffizierkorps. Unsere gesamte wirtschaftliche Organisation und mit ihr im Zusammenhang die seit der Heeresreform von 1858 vor sich gegangene Verwischung und Verschiebung unserer sozialen Schichten drängt dazu. Der Offizierersatz kann sich längst nicht mehr nach den alten Prinzipien vollziehen, die uns die Siege von 1864, 1866, 1870/71 gebracht haben. Keine Teilreform kann diese Entwicklung aufhalten, wohl aber kann sie uns zur Stagnation und dadurch zur Katastrophe führen. In der obersten Heeresleitung wird sogar die Notwendigkeit einer Zweiteilung des Offizierkorps längst dadurch anerkannt, daß jedes Jahr zahlreiche Vorpatentierungen von solchen Offizieren stattfinden, die geeignet erscheinen, einmal als Truppenführer verwandt zu werden. Wir müssen zu dem bis in die siebziger Jahre hinein geltenden Prinzip zurückkehren, daß der Unteroffizier in der Kaserne, der Offizier im Gelände und auf dem Schießstande die Ausbildung des Mannes leitet. Alsdann brauchten wir nicht soviel Offiziere und würden die genügende Anzahl von tüchtigen Unteroffizieren bekommen.

Unter den angedeuteten Verhältnissen ist es nur verständlich, daß sich innerhalb der politischen Kreise in der Ostmark zwei scharfe Gegnerschaften um die „freistagfähigen“ Restgüter gebildet haben. Für diesen Typus treten die Landräte, gegen ihn tritt die Mehrzahl der Beamten der Ansiedlungskommission auf. Ich bekenne mich in diesem Punkte als Parteigänger der Ansiedlungskommission.

Die wichtigsten Gründe für diesen Standpunkt liegen auf nationalem und wirtschaftlichem Gebiet. Ein Restgut von 1000 Morgen kann 20 bis 30 und

mehr deutsche Bauernfamilien, die zusammen mindestens 120 bis 180 Köpfe zählen, aufnehmen und demgemäß gefestigter deutscher Besitz bleiben. Auf einem Restgut kann aber nur ein freistagfähiger Gutsbefitzer existieren, dessen politische Gesinnung sehr bald anders werden kann, als es der Regierung zusagt, dessen Söhne, wenn er solche hat, aus gesundheitlichen und gesellschaftlichen Gründen durchaus nicht Soldat und Offizier zu werden brauchen. Statt dessen gebraucht ein in guter Kultur stehendes Gut von 1000 Morgen sicher während der sieben Sommermonate mindestens hundert Landarbeiter neben mindestens 6 bis 8 ständigen Arbeiterfamilien nebst deren Kostgängern. Wo Rüben angebaut werden, steigt die Zahl der Arbeiter wesentlich. In Posen sind diese Arbeitskräfte selbst auf den Gütern der Ansiedlungskommission wie auch auf den königlichen Domänen durchgehends Polen. Mit diesen Polen muß im Interesse der Wirtschaft polnisch gesprochen werden. Ein in dieser Richtung durch die Ansiedlungskommission erlassenes Verbot ist undurchführbar. Das polnische Idiom bleibt somit in einem Landesteil, aus dem es unter Aufwendung der größten Opfer verdrängt werden soll. Die auf dem freistagfähigen Restgut beschäftigten polnischen Arbeiter werden ihre Einkäufe in der Stadt wohl ausschließlich bei polnischen Kaufleuten besorgen und somit den wirtschaftlichen Kampf in der Stadt zugunsten der Polen beeinflussen. Die „freistagfähigen“ Restgüter schaffen oder erhalten somit bestimmte Vorteile für die Polen, wogegen der von ihnen erwartete Nutzen nicht durchaus einzutreffen braucht. Den Verehrern der Restgüteridee möchte ich noch eine andre Frage vorlegen: Glauben Sie, daß sich die Landarbeiterfrage immer von Polen und Galizien aus regeln lassen wird? Bei der sich in Rußland anbahnenden Stimmung erscheint es heute nicht mehr ausgeschlossen, daß Rußland die Ansiedlung polnischer Bauern in seinen neun Westgouvernements gestattet. Dann aber müssen wir damit rechnen, daß das Angebot von polnischen Arbeitskräften um mindestens 150 000 Menschen zurückgeht. (Vgl. „Die Zukunft Polens“, Bd. I, S. 125, 147, 225 bis 239 und 244. *) Was dann? Dann stehen wir mit unsern landwirtschaftlichen Großbetrieben wieder auf dem Stande von 1886, und die Regierung und das Land würden genötigt sein, alles das an politischer Unruhe zweimal durchzumachen, was mit einemmal hätte erledigt werden können.

Nun darf die prinzipielle Gegnerschaft gegen den Verkauf von Land zu Großbetrieben nicht zu einer Verneinung des von den Landräten vertretenen politischen Bedürfnisses führen. Das Bedürfnis nach deutschen Freistagen ist so dringend, daß seine Nichtbefriedigung dazu führen könnte, das deutsche Kulturwerk in der Ostmark zu gefährden. Aber wir dürfen nicht vergessen, daß die kritische Zusammensetzung der Kreistage ausschließlich ein Erzeugnis aus Übergangsverhältnissen ist. Es kommt somit nicht darauf an, sich heute

*) Verlag von Fr. Wilh. Grunow, Leipzig, 1908.

schon mit einer Maßregel für lange Zeit festzulegen, sondern ausschließlich darauf, einen Übergang zu finden ohne Preisgabe wesentlicher Interessen. Als eine Preisgabe wesentlicher Interessen muß aber der Verkauf von teuer erworbnem Boden der Ansiedlungskommission an Großgrundbesitzer betrachtet werden.

Gibt es nun gar keinen Ausweg aus dem Dilemma? Zunächst sollte die Ansiedlungskommission, wo solches irgendwie möglich ist, aufhören, ganze deutsche Güter zu kaufen. Dagegen sollte sie danach trachten, große deutsche Güter bis zur zulässigen Grenze zu verkleinern. Auf dem erworbnen Boden sollen durcheinander Bauern mit verschiedenen großen Mitteln und Arbeiter angesiedelt werden, vor allen Dingen Bauern, da die Regelung der Arbeiterfrage Zeit hat, nicht aber die Ansiedlung von Bauern. Die Ansiedlungskommission sollte hierbei mit den kleinsten Landzipseln zufrieden sein, die ihr die Besitzer überlassen wollen. Nur muß es möglich sein, 3 bis 4 deutsche Familien zusammen zu setzen. Bei solchen Teilkäufen wird dann die Ansiedlungskommission auch den Weg finden, die von ihr als notwendig anerkannten Meliorationen durchzuführen. Ich bin mir bewußt, daß mein Vorschlag hauptsächlich wegen der im Osten vorhandenen psychologischen Verhältnisse unannehmbar erscheint. Darum möchte ich auf die wiederholt geforderte aufklärende Propaganda und auf das von der deutschen Mittelstandskasse betriebene Entschuldungsverfahren hinweisen, als auf die wirksamsten Mittel, deutsche Besitzer im eignen Interesse zur Verkleinerung ihrer Güter zu veranlassen. Sollten sich meinen Vorschlägen wirklich unüberwindliche Schwierigkeiten entgegenstellen, was ich nicht glaube, dann könnte auf zweierlei Art geholfen werden. Das idealste wäre meines Erachtens die Einfügung einer durch die Neuordnung der Verhältnisse bedingten Zusatzbestimmung zur Kreistagordnung. Diese Bestimmung hätte dahin zu zielen, daß die von der Ansiedlungskommission erworbnen Güter solange „freistagfähig“ bleiben dürfen, so lange die Ansiedlungskommission Besitzerin des Restgutes ist ohne Rücksicht auf dessen Größe. Eine solche Bestimmung würde abgesehen von dem politischen Zweck auch den Vorteil haben, daß die Verwendung der Restgüter mehr unter Berücksichtigung der örtlichen Verhältnisse stattfände, und daß später der Ansiedlungskommission ein größerer Spielraum bei der Verwendung gelassen werden könnte. Sollten es die Parteiverhältnisse in Preußen nicht möglich machen, eine entsprechende Klausel in das Gesetz hineinzubringen, dann müßte die Ansiedlungskommission die Möglichkeit haben, die Restgüter in freistagfähiger Größe so lange zu erhalten, bis es die politischen Verhältnisse ebenso wie die auf dem Arbeitsmarkt erlauben, das Restgut an Großgrundbesitzer zu verkaufen oder anderweitig zu verwenden. In der Zwischenzeit könnte das Restgut entweder für Rechnung der Ansiedlungskommission oder von Pächtern verwaltet werden. Solche Pächter könnten tüchtige Verwalter der Ansiedlungskommission sein. Freilich werden dadurch die polnischen Arbeiter nicht sofort überflüssig. Denn die einmal vorhandenen

Wirtschaftsbedingungen lassen sich nicht innerhalb vierundzwanzig Stunden ändern. Aber das ist auch kein großes Unglück. Das Unglück tritt erst ein, wenn sich die Ansiedlungskommission aller Rechte am Boden und damit aller Einwirkung auf den neuen Bewirtschafter begeben hat. Der Pächter kann nach einer bestimmten Reihe von Jahren gezwungen werden, deutsche Arbeitskräfte bei sich zu verwenden, wenn sich diese erst aus dem Überschuß der angesiedelten deutschen Bevölkerung gebildet haben werden. Der Besitzer braucht dagegen nur kaufmännische Rücksichten gelten zu lassen. Schließlich darf die Möglichkeit nicht außer acht gelassen werden, daß dank den Fortschritten des Ansiedlungswerks eine Neuauflage der Kreisordnung für Posen und Westpreußen in absehbarer Zeit doch zur Notwendigkeit wird. Die Ostmark befindet sich, das kann nicht oft genug unterstrichen werden, in einem Übergangsstadium. In einer solchen Phase laufen aber häufig genug die richtigen Wege scheinbar direkt vom erstrebten Ziele weg. Für uns lautet einstweilen die Frage, ob man die polnischen Arbeiter noch bewußt für gewisse Zeit in Kauf nehmen soll mit der heutigen Kreisordnung, oder ob man die Kreisordnung aufgibt zugunsten nationaler Grundsätze.^{*)} Das Grundprinzip aber muß bleiben: wenn die Ansiedlungskommission einmal von ihr erworbenes Land wieder aus der Hand gibt, dann nur unter der Bedingung, daß auf diesem Lande ausschließlich deutsche Hände Arbeit finden.

Zuckmantel, Anfang Juli 1908

G. Kleinow



Die Japaner im Lichte der neuern Forschung

Von R. Stübe

3



u den schwierigsten Problemen, die Japan der Forschung stellt, gehört die Religion und ihre Stellung im Leben des Volkes. Nicht nur religionsgeschichtlich sind hier die Dinge ungewöhnlich schwierig, recht weit gehn auch noch die Ansichten über die religiöse Anlage der Japaner auseinander. Es gehört schon eine sehr tiefe Kenntnis der Volksseele dazu, um über die religiöse Anlage eines Volkes urteilen zu können. Es ist sicher falsch, die religiöse Anlage des Japaners

^{*)} Die Arbeiterfrage soll nun so gelöst werden, daß die Ansiedlungskommission Landarbeiterstellen anlegt. Was ich davon gesehen habe, hat mir nicht gefallen, wenn es auch äußerlich schön anzusehen war. Ich konnte mich in allen diesen Anlagen nicht des Eindrucks erwehren, als werde da künstlich ein Proletariat geschaffen, das die ihm zugedachte Aufgabe nicht erfüllen kann und eben deshalb notwendigerweise die Unzufriedenheit ins Land tragen muß.